

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN

„Eine Europäische Strategie für Schlüsseltechnologien – Eine Brücke zu Wachstum und Arbeitsplätzen“

Die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren befürwortet generell die Mitteilung der Kommission „Eine Europäische Strategie für Schlüsseltechnologien – Eine Brücke zu Wachstum und Arbeitsplätzen“. Diese Mitteilung legt dar, wie Schlüsseltechnologien besser genutzt werden können, um der europäischen Industrie den notwendigen Aufschwung zu geben, um ihre technologische Führungsrolle und [Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene](#) sichern zu können.

1. Flexibilität für zukünftige Bedürfnisse

Wir verstehen, dass es notwendig ist, Prioritäten zu setzen und die öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung für solche Themen zu gewinnen, die für das zukünftige ökonomische – und gesellschaftliche – Wohlergehen Europas entscheidend sind. Deshalb unterstützen wir die Auswahl der sechs an Forschung und Entwicklung hochintensiven Gebiete als Schlüsseltechnologien. Die Definition von Schlüsseltechnologien sollte jedoch [für zukünftige Entwicklungen offen](#) sein, um bei Bedarf neue Technologiefelder aufnehmen zu können. Hier könnten zum Beispiel [Technologien im Bereich der Lebenswissenschaften](#) verhältnismäßig bald an erster Stelle stehen. Daher sollte diese Mitteilung nicht zur Verfestigung des momentanen Zustands führen oder, gar zu einer Grundlage für subventionierte, nicht wettbewerbsfähige Entwicklungen.

2. Dauerhafte Bedeutung

Darüber hinaus sollten wir nicht versucht sein, unsere Wachstumsstrategien zum Nachteil langfristiger Stabilität und Prosperität auf mögliche Kurzzeiterfolge zu fokussieren. Deshalb muss klar hervorgehoben werden, dass es die [technologische Grundlagenforschung](#) ist, welche einen positiven Einfluss auf langfristiges Wachstum und Beschäftigung ausübt. Sie ist es, welche zukünftige Lösungsmöglichkeiten eröffnet, die bei einem Ansatz, der auf kurzfristige industrielle Gewinne abzielt, nicht realisierbar wären.

3. Ernsthafte Beteiligung der Industrie

Des Weiteren drängen wir stark darauf, dass die mit der Erstellung industrieller Pilotanlagen und ähnlicher Entwicklungsmaßnahmen verbundenen Kosten [ausschließlich von der an dieser Entwicklung interessierten Industrie](#) getragen werden (zum Beispiel durch Nutzung der EIB-Instrumente). Anderenfalls fördern wir möglicherweise Projekte ohne dass ernsthaftes Industrieinteresse bestehen würde und Marktpotential vorhanden wäre.

4. Unabhängige Expertise

Das momentane Vorgehen der Kommission beschränkt sich bei der Etablierung neuer Förderungsmaßnahmen auf die Konsultation relevanter Interessenvertreter. Wir begrüßen diese Vorgehensweise, aber denken, dass der Fokus nicht ausschließlich auf Interessenvertretern mit direkten ökonomischen Anliegen liegen sollte. Partner aus Wirtschaft und Industrie werden selbstverständlich Themen vorschlagen, in denen sie aktiv beteiligt sind. Es wird ihnen jedoch nicht gelingen, Themenfelder zu identifizieren, in denen es ihnen an Expertise und Geschäftsaktivitäten mangelt, die aber langfristiges Entwicklungspotenzial aufzeigen. Folglich sollten mehr unabhängige Interessenvertreter konsultiert werden, darunter auch relevante [Experten von Forschungseinrichtungen und Hochschulen](#).

5. Harmonisierung der Maßnahmen

Soweit es um individuelle Maßnahmen geht, begrüßen wir die Bemühungen der Kommission, ihre Unterstützung für die Entwicklung und Anwendung der KETs in sowohl [Horizont 2020](#) als auch den [Strukturfonds](#) (zweckgebundene Fonds für intelligente Spezialisierung [Smart Specialisation]) zu harmonisieren, ergänzt mit den innovativen [finanziellen Instrumenten](#) der EIB.

6. Zukünftige Generation von Experten

Abschließend teilen wir weiterhin sehr stark die Bedenken der Kommission, bezüglich des Bedarfs an in [Bildung und Training](#) für die nächsten Generationen von Experten und Fachkräften: Hier sollte mehr investiert werden, um wiederum den zukünftigen Bedarf der europäischen Wirtschaft decken zu können.

Brüssel, 27. September 2012

Die Helmholtz-Gemeinschaft ist die größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands. In ihren 18 naturwissenschaftlich-technischen und biologisch-medizinischen Forschungszentren arbeiten insgesamt 33.634 Beschäftigte. Sie beteiligt sich an zahlreichen europäischen Vorhaben – in vielen Fällen federführend – und profitiert stark von den etablierten Instrumenten der EU-Forschungsrahmenprogramme. Die Nutzung dieser Instrumente trägt in einem erheblichen Maße zur Vernetzung und Kooperation der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Helmholtz-Gemeinschaft mit Forscherinnen und Forschern in ganz Europa bei. Sie ermöglichen außerdem Aktivitäten, die auf nationaler Ebene nicht verwirklicht werden können oder die im europäischen Verbund einen höheren Mehrwert bringen.